

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Einleitung und erste grundsätzliche Erwägungen</b> .....	23
I.    Stromnetze als Felder erhöhter kommunaler Aktivität .....	23
II.    Rolle und Wesen des Staates und die Bedeutung des Wettbewerbs ..	26
III.    Finanzierung staatlicher Aktivitäten .....	32
<b>§ 2 Gegenstand und Gang der Untersuchungen</b> .....	34
<b>§ 3 (Re)Kommunalisierung der Energieversorgung: Begriffsbestimmung und Abgrenzungen</b> .....	37
I.    Energieversorgung .....	37
II.    Verteilernetze .....	38
III.    Wegenutzungsverträge .....	39
IV.    (Rück-)Übertragung der Elektrizitätsverteilung in gemeindliche Verantwortung: Begriffliche Annäherung .....	41
1.    Verstaatlichung .....	41
2.    Entprivatisierung .....	43
3.    (Re)Kommunalisierung .....	45
a)    Verwaltungsinterner Organisationsvorgang .....	46
b)    Begriff im Zuge der Wiedervereinigung .....	47
c)    (Rück-)Übertragung von privatem in kommunales Eigentum ..	47
V.    Zusammenfassung .....	51
<b>§ 4 Gründe für und Ziele der (Re)Kommunalisierung</b> .....	52
I.    Finanzielle Erwägungen .....	52
II.    Wirtschaftspolitische Erwägungen .....	56
III.    Sicherheitserwägungen .....	57
IV.    Politische Einflussnahme- und Kontrollmöglichkeit .....	58
V.    Ökologische Gründe .....	60
VI.    Verwirklichung der demokratischen Dezentralisierung .....	64
VII.    Wiederentdeckung örtlicher Belange und lokaler Identität .....	64
VIII.    Gemeinwohlorientierung .....	65
IX.    Sozialpolitische Erwägungen .....	67
X.    Erwägungen des Verbraucherschutzes, der Transparenz und fairen Preisgestaltung .....	69
XI.    Kritische Zusammenfassung .....	70
<b>§ 5 Technischer und ökonomischer Rahmen</b> .....	71
I.    Technischer Rahmen .....	71
1.    Stromtransport und -verteilung .....	71

2.	Leitungsgebundenheit der Energieversorgung .....	73
3.	Mangelnde Speicherbarkeit von Elektrizität und schwankende Nachfrage nach Energie .....	75
4.	Folgen der erneuerbaren Energien für den Netzbetrieb .....	76
5.	Hohe Komplexität des Netzbetriebs .....	77
II.	Ökonomischer Rahmen .....	77
1.	Bedeutung von elektrischer Energie für die Volkswirtschaft ..	78
2.	Struktur und Historie des Energiemarktes .....	79
3.	Wertschöpfung und Preisbildung in der Elektrizitätswirtschaft ..	81
4.	Netzkosten und -einnahmen .....	83
5.	Wettbewerb im Energiemarkt .....	87
6.	Netze als natürliches Monopol .....	89
7.	Größenvorteile .....	91
8.	Dichtevorteile .....	92
9.	Erfahrungskurveneffekt .....	93
III.	Zusammenfassung .....	94
<b>§ 6</b>	<b>Gesetzlicher Rahmen für die (Re)Kommunalisierung und die Befugnis der Gemeinden .....</b>	<b>95</b>
I.	Europarechtliche Vorgaben und Rahmenbedingungen .....	95
1.	Europäisches Primärrecht .....	96
a)	Energieversorgung im Wettbewerb und die europäische Wirtschaftsverfassung .....	96
b)	Grundsatz der Gleichbehandlung privater und öffentlicher Unternehmen .....	98
c)	Schutz der kommunalen Betätigung über Art. 4 EUV? .....	100
d)	Originäre kommunale Aufgabe wegen Zuordnung zu Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse? .....	102
aa)	Dienste bzw. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse .....	102
bb)	Protokoll Nr. 26 und dessen Auswirkungen .....	106
cc)	Art. 14 AEUV und die kommunale Leistungserbringung .....	107
dd)	Art. 106 AEUV und die kommunale Leistungserbringung .....	108
e)	Eigentumsrechtliche Neutralität des EU-Primärrecht .....	110
f)	Subsidiaritätsprinzip .....	110
g)	Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung .....	111
h)	Ergebnis zum Europäischen Primärrecht .....	113
2.	Europäisches Sekundärrecht: Drittes Binnenmarktpaket .....	113
a)	Elektrizitätsrichtlinie 2009/72/EG .....	114
b)	Verordnung 713/2009 und Verordnung 714/2009 .....	117
c)	Ergebnis: Europäisches Sekundärrecht .....	118
3.	Ergebnis Europarecht .....	118
II.	Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	119
1.	Art. 87d ff. GG .....	119

2. Art. 74 Nr. 11 GG .....	119
3. Wirtschaftspolitische Grundordnung .....	121
4. Berufs- und Eigentumsfreiheit zugunsten kommunaler Betätigung? .....	125
a) Grundrechtsermittlung .....	125
b) Eigentumsfreiheit zugunsten Gemeinden als Sonderfall? .....	130
c) Befugnis aus Art. 12 GG .....	131
d) Zusammenfassung .....	132
5. Staatsaufgabe Energieversorgung wegen Ermöglichung der Grundrechtsausübung .....	132
6. (Re)Kommunalisierung aus Art. 15 GG .....	134
7. Sozialstaatsprinzip und Gewährleistungsverantwortung .....	136
8. Demokratieprinzip als Rechtfertigung kommunaler Leistungserbringung .....	139
9. Allgemeine Befugnis aus Art. 28 Abs. 2 GG .....	140
a) Inhalt und Funktion der kommunalen Selbstverwaltung .....	141
b) Wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden .....	144
aa) Ein Definitionsversuch .....	144
bb) Maßstab der Zulässigkeit kommunaler wirtschaftlicher Betätigung .....	147
c) Argumentationslinien für die Befugnis der Gemeinden zur Elektrizitätsverteilung .....	149
aa) Kommunale Elektrizitätsverteilung aus Gründen der Daseinsvorsorge .....	150
bb) Energieversorgung als Kernbereich der Selbstverwaltungsgarantie .....	158
cc) Subjektiv-öffentliche Recht der Gemeinden zur Leistungserbringung (Grundrechtsähnliches Recht) .....	160
dd) „War schon immer so“-Argument .....	161
ee) Kompetenz aufgrund der Finanzhoheit der Gemeinden ..	163
ff) Kompetenz aufgrund der Planungshoheit der Gemeinden ..	164
gg) Kompetenz aufgrund der Gebietshoheit der Gemeinden bzw. aufgrund des Örtlichkeitsprinzips .....	165
(1) Kompetenz aufgrund der Straßenbaulast und des kommunalen Eigentums an Straßen und Wegen ...	165
(2) Kompetenz wegen Befriedigung örtlicher Bedürfnisse .....	169
(3) Kompetenz aufgrund örtlicher Angelegenheit .....	171
(a) Auslegung Örtlichkeitsprinzip .....	171
(b) Bedeutung für (Re)Kommunalisierung der Elektrizitätsverteilung .....	176
hh) Ergebnis .....	179
d) Zusammenfassung zu Art. 28 Abs. 2 GG .....	180
10. Zusammenfassung zu den verfassungsrechtlichen Vorgaben .....	181

III.	Einfach-spezialgesetzliche Vorgaben .....	182
1.	Rechtlicher Zuschnitt des Energiesektors .....	183
2.	Vorgaben aus dem EnWG .....	184
a)	Begriffsbestimmungen in § 3 EnWG .....	184
b)	Zweck des EnWG in § 1 Abs. 1 EnWG .....	185
c)	Aufgaben der Elektrizitätsverteiler gem. § 14 EnWG .....	187
d)	Enteignung in der Energieversorgung gem. § 45 EnWG .....	188
e)	Konzessionsvergabe gem. § 46 EnWG .....	189
f)	Zusammenfassung .....	190
3.	Vorgaben aus dem BauGB .....	190
4.	Zusammenfassung .....	192
IV.	Landesrechtliche Vorgaben .....	192
1.	Landesverfassungen und die (Re)Kommunalisierung .....	192
2.	Gemeindeordnungen der Länder und die (Re)Kommunalisierung .....	195
a)	Allgemeine Befugnis in der Energieversorgung nach GemO der Länder .....	195
b)	Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung in der Energieverteilung .....	196
aa)	Öffentliche Zweckverfolgung .....	197
(1)	Spezifisches gemeinderechtliches Verständnis des öffentlichen Zwecks .....	197
(2)	Gewinnerzielungsabsicht und der öffentliche Zweck .....	198
(3)	Finanzielle und wirtschaftliche Risiken versus öffentlicher Zweck .....	201
(4)	Spezialregelungen für die energiewirtschaftliche Betätigung .....	205
(5)	Bedeutung für die (Re)Kommunalisierung der Elektrizitätsverteilung .....	207
bb)	Subsidiaritätsprinzip als Grenze der kommunalen Leistungserbringung .....	211
(1)	Qualifizierte Subsidiaritätsklausel .....	212
(2)	Qualifizierte Subsidiaritätsklausel mit Ausnahmebereichen .....	213
(3)	Einfache Subsidiaritätsklausel .....	215
(4)	Einfache Subsidiaritätsklausel mit Ausnahmebereichen .....	218
(5)	Subsidiaritätsklausel besonderer Art .....	219
(6)	Zusammenfassung und Auswirkungen auf die (Re)Kommunalisierung .....	220
cc)	Örtlichkeitsprinzip als Grenze der kommunalen Leistungserbringung .....	221
(1)	Örtlichkeitsprinzip der Gemeindeordnungen .....	222
(2)	Erweiterung des Aktionsradius durch die Gemeindeordnungen .....	222

(a) Regelungen in den Gemeindeordnungen .....	223
(aa) Reichweite der Erweiterung des Aktionsradius .....	224
(bb) Bereichsspezifische Öffnungsklauseln .....	224
(cc) Generelle Öffnungsklauseln .....	225
(dd) Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ..	226
(b) Art. 28 Abs. 2 GG und das Demokratieprinzip als verfassungsrechtliche Grenze .....	228
(c) Landesverfassungen als Grenze .....	235
(d) Europarechtliches Erfordernis einer Ausweitung? ..	236
(e) Zusammenfassung .....	238
dd) Leistungsfähigkeit als Grenze der kommunalen Leistungserbringung .....	239
3. Zusammenfassung Landesrecht und Ausblick .....	243
V. Ergebnis zum gesetzlichen Rahmen für die (Re)Kommunalisierung und Befugnis der Gemeinden .....	243
<b>§ 7 Rückführung der Netze in kommunale Hand .....</b>	<b>245</b>
I. Einführende Bemerkungen bzgl. der Konzessionsvergabe .....	246
II. Neuvergabe der Konzessionen und die Vergabeentscheidung .....	246
1. Überblick über den typischen Ablauf des Konzessionsvergabeverfahrens .....	247
2. Sinn und Zweck von Verfahrensregeln und Entscheidungskriterien .....	248
3. Verfahrensregeln für die Konzessionsvergabe .....	250
a) Vorgaben aus § 46 EnWG abschließend? .....	250
b) Bekanntmachungspflichten .....	251
aa) Bekanntmachungspflicht vor Durchführung Konzessionsvergabeverfahren .....	251
bb) Bekanntmachungspflicht nach Vergabe der Konzession ..	252
c) Informationspflicht und Auskunftsanspruch vor Durchführung des Konzessionsvergabeverfahrens .....	255
aa) Datenumfang .....	258
bb) Zeitliche Dimension der Herausgabe von Daten ..	260
cc) Zurverfügungstellung von Daten .....	264
dd) Vertraulichkeitserklärung .....	267
ee) Ansprüche der Interessenten auf Datenherausgabe .....	270
(1) Anspruch gegen die Gemeinde oder auf Einschreiten der Regulierungs- oder Kartellbehörde gegen die Gemeinde .....	271
(a) Energierechtliche Ansprüche aus §§ 30, 65 EnWG ..	271
(b) Verfahrensrechtlicher Anspruch aus § 29 VwVfG ..	272
(c) Kartellrechtlicher Anspruch aus § 19 GWB n. F. ..	273

(aa) Anwendbarkeit GWB-Bestimmungen .....	273
(bb) Exkurs: 8. GWB-Novelle .....	274
(cc) § 19 GWB n.F.....	276
(d) Anspruch aus Art. 12 GG.....	278
(2) Anspruch gegen den Altkonzessionär oder auf Einschreiten der Regulierungs- oder Kartellbehörde.....	280
(a) Vertragliche und vorvertragliche Ansprüche .....	280
(b) Energierechtlicher Anspruch aus § 30 EnWG.....	281
(c) Energierechtlicher Anspruch aus §§ 65, 54 EnWG	283
(d) Kartellrechtlicher Anspruch aus § 21 Abs. 2 GWB	285
ff) Zusammenfassung .....	286
d) Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens .....	287
e) Weitere Anforderungen an Verfahrensgestaltung und -durchführung .....	289
aa) Vorgaben aus dem Rechtsstaats- und Demokratieprinzip ..	289
bb) Kartellrechtliche Aspekte .....	290
cc) Anwendung vergaberechtlicher Vorschriften .....	292
(1) Anwendung des deutschen Vergaberechts .....	292
(a) Ausnahme von den Vergaberechtsvorschriften wegen Spezialität des § 46 EnWG .....	292
(b) Direktvergabe an (re)kommunalisiertes Unternehmen wegen Grundsätzen der In-house-Vergabe	293
(c) Konzessionsvergabe als öffentlicher Auftrag eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. §§ 98, 99 GWB .....	297
(d) Freiwillige Anwendung des Vergaberechts .....	299
(e) Zusammenfassung .....	300
(2) Anwendung des europäischen Vergaberechts .....	300
(a) Vorliegen eines Dienstleistungsauftrags .....	300
(b) Vorliegen einer Dienstleistungskonzession nach bereits verbindlich geltendem Europarecht .....	301
(aa) Gesetzliche Vorgabe für das Vorliegen einer Dienstleistungskonzession .....	301
(bb) Zusätzlich geforderte Tatbestandsvoraussetzungen für das Vorliegen einer Dienstleistungskonzession .....	304
α) Eingehung eines wirtschaftlichen Risikos .....	304
β) Vorliegen eines Beschaffungsvorgangs ..	306
γ) Dienstleistung im öffentlichen bzw. Allgemeininteresse .....	308
(cc) Ergebnis .....	310
(c) Vorliegen einer Dienstleistungskonzession i. S. d. neuen Konzessionsvergaberichtlinie (2014/23/EU)	310

(aa) Kein Vorliegen eines besonderen Aus-	313
schlusstatbestandes .....	
(bb) Fehlende Anwendbarkeit der Konzessions-	314
vergaberichtlinie .....	
(cc) Ergebnis zum Vorliegen einer Dienstleis-	320
tungskonzession i. S. d. Konzessionsverga-	
berichtlinie .....	
(d) Europäische Verfahrensregeln bei Vergabe der	321
Dienstleistungskonzession .....	
(aa) Anwendbarkeit und Geltung europäischer	321
Vergaberegeln .....	
(bb) Einzelne Verfahrensvorgaben .....	322
α) Transparenzgebot .....	323
β) Diskriminierungsverbot und Gleichbe-	
handlungsgrundsatz .....	325
(e) Ergebnis Europäisches Vergaberecht .....	326
dd) Ausschreibungspflicht nach Haushaltrecht .....	326
f) Privilegierung von gemeindlichen (Re)Kommunalisierungs-	327
vorhaben .....	
aa) Modifikation Verfahrensregeln wegen Art. 28 Abs. 2 GG	327
bb) Keine Privilegierung wegen § 46 Abs. 1 S. 1 EnWG .....	329
(1) Anwendung Diskriminierungsverbot aus § 46 Abs. 1	
S. 1 EnWG auf qualifizierte Wegenutzungsverträge	329
(2) Diskriminierungsverbot und (Re)Kommunalisierung	330
cc) Wettbewerbsrechtliches Verbot von Vorfeldabsprachen	
und Vorfestlegungen .....	331
dd) Keine Privilegierung wegen Art. 3 GG .....	333
g) Zusammenfassung .....	334
4. Zulässige Entscheidungs- und Auswahlkriterien für die Vergabe-	
entscheidung .....	334
a) Keine grenzenlose Wahlfreiheit der Gemeinden .....	335
b) Vorgaben aus § 46 Abs. 3 S. 5 i. V. m. § 1 EnWG .....	337
aa) Vorüberlegungen .....	337
(1) „Zweck“ versus „Ziel“ des Gesetzes .....	337
(2) Leitende Aspekte der Auslegung und Grenzen der	
Kriterienwahl .....	338
(3) Möglichkeit der Bildung von Unterkategorien .....	341
bb) Mögliche aus § 1 Abs. 1 EnWG ableitbare Auswahl- und	
Entscheidungskriterien .....	342
(1) Kriterien aus der sicheren Versorgung i. S. d. § 1	
Abs. 1 EnWG .....	342
(2) Kriterien aus der effizienten und preisgünstigen Ver-	
sorgung i. S. d. § 1 Abs. 1 EnWG .....	343

(3) Kriterien aus der umweltverträglichen Versorgung sowie dem zunehmenden Beruhen auf erneuerbaren Energien i. S. d. § 1 Abs. 1 EnWG .....	346
(4) Kriterien aus der verbraucherfreundlichen Versorgung i. S. d. § 1 Abs. 1 EnWG .....	348
cc) Zusammenfassung .....	348
c) Weitere Auswahl- und Entscheidungskriterien außerhalb von § 46 Abs. 3 S. 5 i. V. m. § 1 EnWG .....	349
aa) Zulässigkeit weiterer Kriterien .....	349
bb) Kriterien aus dem übrigen Energiewirtschaftsrecht.....	351
(1) § 4 Abs. 2 EnWG .....	351
(2) §§ 17 ff., 20 EnWG und § 5 EEG .....	354
(3) Berücksichtigung der Konzessionsabgabe und weiterer Leistungen an die Gemeinde .....	354
(4) Stromnetzentgelte.....	359
cc) Kriterien aus anderen Rechtsquellen .....	361
(1) (Re)Kommunalisierungsfreundliche Kriterien aufgrund Art. 28 Abs. 2 GG .....	361
(2) „Bekannt und bewährt“ nach Gewerberecht bzw. .... Erfahrungen als Netzbetreiber als Kriterien .....	365
(3) Wirtschaftlichkeit i. S. d. § 97 Abs. 5 GWB als Kriterium .....	366
(4) „Berechtigte wirtschaftliche Interessen“ i. S. d. Gemeindeordnungen als Kriterium .....	368
d) Zusammenfassung .....	369
5. Gewichtung der Auswahl- und Entscheidungskriterien .....	372
6. Verfahrensdurchführende und -entscheidende Stelle .....	375
7. Zusammenfassung Neuvergabe der Konzessionen und die Vergabeentscheidung .....	380
III. Verfassungsmäßigkeit des Wandels vom „Überlassen“ zum „Übereignen“ in § 46 Abs. 2 S. 2 EnWG.....	381
1. Vereinbarkeit der Übereignungspflicht mit Art. 14 GG .....	383
a) Eingriff in eine geschützte Eigentumsposition.....	383
b) § 46 Abs. 2 S. 2 EnWG als Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	386
c) Verfassungswidrigkeit der Inhalts- und Schrankenbestimmung in § 46 Abs. 2 S. 2 EnWG .....	389
d) Lösungsansätze .....	394
e) Zusammenfassung .....	398
2. Vereinbarkeit mit dem Rückwirkungsverbot unter besonderer Berücksichtigung der Endschachtsbestimmungen .....	398
3. Vereinbarkeit mit Art. 12 GG .....	408
4. Zusammenfassung .....	408

IV.	Wirtschaftlich angemessene Vergütung für das Verteilernetz i. S. d. . . . .	409
§ 46 Abs. 2 S. 2 EnWG . . . . .		
1. „Wirtschaftlich angemessene Vergütung“ als unbestimmter Rechtsbegriff . . . . .	410	
2. Bewertungsmethoden für die Ermittlung des Verteilernetzwertes . . . . .	412	
a) Sachzeit- und Substanzwert . . . . .	412	
b) Ertragswert . . . . .	415	
3. EnWG-Novelle 2011 . . . . .	417	
4. Kaufering-Entscheidung, fortgeltender Maßstab der Vergütung? . . . . .	419	
a) Kaufering-Entscheidung des BGH . . . . .	419	
b) Übertragbarkeit der Kaufering-Entscheidung auf die Gesetzeslage nach der Novelle des EnWG 2011 . . . . .	421	
5. Lösung unklarer Gesetzeslage durch Vergleich mit anderen Rechtsinstituten . . . . .	425	
a) Ausgleichs- (§ 304 AktG) und Abfindungsanspruch (§ 305 AktG) nach AktG . . . . .	427	
b) Aktienrechtliches „Squeeze-out“-Verfahren . . . . .	431	
c) Übergang des Erbbaurechts durch Zeitablauf . . . . .	433	
6. Kritische Würdigung der Sachzeit- und Ertragswertmethode unter Berücksichtigung der vorherigen Untersuchungen . . . . .	435	
7. Zusammenfassung . . . . .	441	
V.	Laufzeitbegrenzung des Konzessionsvertrags . . . . .	442
VI.	Zusammenfassung . . . . .	449
<b>§ 8 (Re)Kommunalisierungsmodelle und ihre rechtliche Umsetzung . . . . .</b>		451
I.	Ausgewählte Modelllösungen . . . . .	452
1.	<i>Stand-Alone</i> -Lösungen . . . . .	453
a)	Neugründung . . . . .	454
b)	Erweiterung . . . . .	454
aa)	Holdingmodell . . . . .	456
bb)	Netzgesellschaft als Tochtergesellschaft (Tochtermodell) .	457
cc)	Netzgesellschaft als Muttergesellschaft (Muttermodell) .	458
2.	Partnerlösungen . . . . .	458
a)	Potentielle Partner . . . . .	460
b)	Mögliche Modelle . . . . .	462
aa)	Neugründung einer gemeinsamen Gesellschaft . . . . .	462
bb)	Eigentumsrechtlicher Zusammenschluss . . . . .	463
cc)	Gesellschaftsrechtliche Beteiligung . . . . .	464
dd)	Schuldrechtliche Kooperationsmöglichkeiten . . . . .	466
(1)	Pachtmodell . . . . .	466
(2)	Dienstleistungsmodell . . . . .	468
ee)	Gründung einer gemeinsamen Netzholding (Netzgemeinschaftsunternehmen) . . . . .	469
ff)	Netzkauf- und Netzgenossenschaft . . . . .	470

3. Zusammenfassung und Vereinbarkeit mit Zielen der (Re)Kommunalisierung .....	471
II. Rechtliche Vorgaben zur Umsetzung der Modelllösungen .....	473
1. Grundgesetzliche Anforderungen an die Ausgestaltung der (re)kommunalisierten Netzgesellschaft .....	473
a) Vorgaben aus Art. 28 Abs. 2 GG .....	473
aa) Organisationshoheit und Wahlfreiheit der Gemeinden ..	474
bb) Kooperationshoheit zwischen den Gemeinden .....	475
cc) Zusammenarbeit mit Privaten aufgrund finanzieller Eigenverantwortung der Gemeinden .....	476
b) Vorgaben aus dem Demokratieprinzip .....	476
2. Gesellschafts- und kommunalrechtliche Würdigung möglicher Organisationsformen .....	478
a) Öffentlich-rechtliche Organisationsformen .....	479
aa) Regie- und Eigenbetrieb .....	479
bb) Anstalt des öffentlichen Rechts .....	481
b) Privatrechtliche Organisationsformen .....	483
aa) Allgemeine kommunalrechtliche Vorgaben .....	483
bb) Zu den einzelnen Gesellschaftsformen .....	485
(1) GmbH.....	485
(a) Gesellschaftsrechtliche Vorgaben .....	486
(b) Kommunalrechtliche Rahmenbedingungen .....	488
(2) AG .....	492
(a) Gesellschaftsrechtliche Vorgaben .....	493
(b) Kommunalrechtliche Rahmenbedingungen .....	494
(3) Personengesellschaften und das kommunalrechtliche Gebot der Haftungsbegrenzung .....	498
(4) Genossenschaft .....	499
(a) Gesellschaftsrechtliche Vorgaben .....	500
(b) Kommunalrechtliche Rahmenbedingungen .....	503
(5) Ausländische Gesellschaftsformen am Beispiel der englischen Limited .....	505
cc) Zusammenfassung und Bewertung .....	513
3. Energierechtliche Vorgaben für die Realisierung der (Re)Kommunalisierungsmodelle .....	514
a) Entflechtungsvorgaben aus dem EnWG .....	514
aa) Adressaten der Entflechtungsbestimmungen .....	515
bb) Inhalt und Umfang der Entflechtung .....	516
(1) Eigentumsrechtliche Entflechtung .....	517
(2) Rechtliche Entflechtung .....	517
(3) Operationelle Entflechtung .....	518
(4) Informatorische und buchhalterliche Entflechtung ..	521

cc)	Ausnahme von umfänglicher Entflechtung für „kleine“ Verteilernetzbetreiber (sog. De-minimis-Regelung) .....	523
dd)	Ausnahmen von der Geltung der De-minimis-Regelung .....	529
ee)	Zusammenfassung Entflechtungsvorgaben aus dem EnWG .....	532
b)	Anreizregulierung und die Erlösobergrenzen .....	532
c)	Zusammenfassung und Folgen aus den energierechtlichen Vorgaben für die einzelnen (Re)Kommunalisierungsmodelle .....	535
aa)	Neugründung .....	535
bb)	Holdingmodell .....	536
cc)	Muttermodell .....	537
dd)	Tochtermodell .....	540
ee)	Eigentumsrechtlicher Zusammenschluss .....	541
ff)	Gesellschaftsrechtliche Beteiligung .....	541
gg)	Pacht- und Dienstleistungsmodell .....	542
hh)	Gemeinsame Netzholding (Netzgemeinschaftsunternehmen) und Netzkauf- sowie Netzgenossenschaft .....	543
4.	Kartellrechtliche Vorgaben für die Realisierung einer Partnerlösung .....	544
a)	Europäische Fusionskontrolle nach FKVO .....	544
b)	Zusammenschlusskontrolle nach §§ 35 ff. GWB bei gemeinsamer Netzholding .....	546
c)	Kartellrechtliche Bedenken aus § 1 GWB .....	553
5.	Zusammenfassung der zulässigen (Re)Kommunalisierungsmodelle und Abgleich mit den Zielen der (Re)Kommunalisierung .....	553
III.	Vereinbarung von Garantie- oder Mindestrenditen i. R.d. Realisierung einer Partnerlösung .....	555
1.	Energierechtliche Bedenken .....	556
2.	Kartellrechtliche Bedenken .....	559
3.	Kommunalrechtliche Bedenken .....	563
4.	Zusammenfassung .....	564
IV.	Besondere Verfahrensregeln für die Realisierung einer Partnerlösung .....	564
1.	Relevante Verfahrensgegenstände und -regelungen .....	564
2.	Verfahrensgestaltung .....	568
a)	Einheitliches Verfahren .....	568
aa)	Förmliches Vergabeverfahren mit integrierter Konzessionsvergabe .....	569
(1)	Verstoß gegen § 46 EnWG .....	569
(2)	Verstoß gegen § 19 GWB n.F. .....	570
(3)	Zusammenfassung .....	570
bb)	Konzessionsvergabe mit integrierter „Partnerwahl“ .....	571
cc)	Zusammenfassung .....	572
b)	Getrennte Verfahren .....	572
3.	Zusammenfassung besondere Verfahrensregeln .....	575
V.	Zusammenfassung (Re)Kommunalisierungsmodelle .....	575

<b>§ 9 Zusammenfassung der wichtigsten Untersuchungsergebnisse .....</b>	<b>577</b>
<b>Anlagen .....</b>	<b>585</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>618</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>653</b>